

## **Klimapolitik ist Friedenspolitik**

In der Agenda 2030 der UN heißt es: *Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden*. Ein einigermaßen stabiles Klima ist unabdingbarer Teil nachhaltiger Entwicklung. Der Klimawandel verschärft bestehende soziale und wirtschaftliche Probleme: Zu viel oder zu wenig Regen, Monsun, der zu spät oder zu früh einsetzt - in Gebieten, in denen Nahrung schon jetzt knapp ist, kann das Hungersnöte und Migrationsbewegungen auslösen. Steigender Meeresspiegel erzwingt ebenfalls Migration, vor allem aus dicht besiedelten, fruchtbaren Flussdeltas. Zunehmende Temperaturen machen immer mehr Gebiete für immer längere Teile des Jahres unbewohnbar für Menschen, und selbst wo Leben und Gesundheit nicht bedroht sind, kann die wirtschaftliche Produktivität messbar sinken. Daneben gibt es eine Vielzahl indirekter Auswirkungen des Klimawandels auf das Wohlergehen der Menschen.

Klimawandel ist ein Problemverstärker: Wo Streit um Nahrung, Wasser, Fläche schon jetzt latent oder real vorhanden ist – der Klimawandel verstärkt ihn. Klimawandel ist damit ein Kriegstreiber. Migration war seit jeher eine Antwort auf existenzbedrohenden Klimawandel und ist es immer noch. Wenn es für Millionen Menschen zu heiß oder für die Nahrungsmittelproduktion zu trocken wird, oder wenn der Anstieg des Meeresspiegels das Verbleiben unmöglich macht, müssen Menschen sich nach einem anderen Ort umsehen, der ihnen das Überleben ermöglicht: Es mag den Begriff „Klimaflüchtling“ formalrechtlich nicht geben, aber es gibt die Menschen, die klimawandelbedingt ihre Heimat verlassen müssen und woanders versuchen Fuß zu fassen. Ein weiterer Grund für Bürgerkriege, Streitigkeiten und militärische Gewalt.

Besonders beunruhigend: Die Erwärmung schreitet rascher fort als von den Klimamodellen errechnet, und Folgewirkungen treten früher ein als erwartet. So treten in Österreich, Deutschland und der Schweiz jetzt bereits Jahresmitteltemperaturen auf, die erst in 15 bis 20 Jahren erwartet wurden. Außerdem war der Eintrag an Treibhausgasen in die Atmosphäre im Jahr 2024 der höchste bisher gemessene, obwohl die anthropogenen Emissionen nahezu stagnierten. Das Beunruhigende an dem hohen CO<sub>2</sub>-Eintrag 2024 ist, dass er zu mehr als 20% darauf zurückzuführen ist, dass Ozeane weniger CO<sub>2</sub> aufnehmen – sie sind zu warm geworden – und dass durch Waldbrände sehr viel CO<sub>2</sub> freigesetzt wird. Manche Waldbrände sind gelegt, sehr viele aber hängen mit hohen Temperaturen und großer Trockenheit zusammen; beides Folgen des Klimawandels. Die selbstverstärkenden Prozesse, vor denen Klimawissenschaftler seit langem warnen, sind daher nicht mehr nur

theoretische Möglichkeit, sondern praktische Realität: Der Klimawandel dürfte sich jetzt bereits selbst messbar aufheizen.

Aber Konflikte und Kriege belasten auch das Klima: Die Treibhausgasemissionen des Militärs würden an 4. Stelle, nach China, USA und Indien rangieren, wäre das Militär ein Staat. Der Krieg in der Ukraine hat in den ersten zwei Jahren mehr Emissionen verursacht als Österreich im selben Zeitraum, und die Emissionen aus dem Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur in Gaza sind mit den Jahresemissionen Neuseelands vergleichbar. All dies sind Schätzungen, denn dem Militär wurde im Pariser Klimavertrag keine Verpflichtung, Treibhausgasemissionen zu melden, auferlegt. Aber der ehemalige NATO Generalsekretär Stoltenberg bekannte anlässlich der COP26: Es gibt keine Möglichkeit Netto-Null Treibhausgasemissionen zu erreichen, ohne die Emissionen des Militärs einzubeziehen.

Die Folgen militärscher Aufrüstung und kriegerischer Ereignisse auf die Umwelt können langanhaltend und ihre Beseitigung ressourcenintensiv sein. Agent Orange und andere Entlaubungsmittel hielten sich über Jahrzehnte in den vietnamesischen Böden, ein erfolgreicher Abschluss der Beseitigung radioaktiver Belastung und der Wiederherstellung von Böden in Nahbereich US-amerikanischer Rüstungs- und Versuchsstandorten ist trotz Einsatz beträchtlicher Mittel nicht absehbar, und auch aus dem ersten und zweiten Weltkrieg ist gefährliches Umwelterbe vorhanden.

Daneben zerstört Krieg auch Vertrauen. Ohne Vertrauen können aber globale Probleme, deren Lösung von internationaler Zusammenarbeit abhängt, wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust, nicht gelöst werden. Das kleine, neutrale Österreich könnte hier eine wichtige Rolle spielen. Es hat Wesentliches zur Erzielung eines internationalen Abkommens zum Schutz der Ozonschicht beigetragen, und es tritt immer wieder positiv in Erscheinung bei diplomatischen Abrüstungsinitiativen. Im Klimabereich bedürfte es zwar ähnlicher Bemühungen, doch wären diese von österreichischer Seite unglaublich angesichts der Säumigkeit Österreichs im Klimaschutz. Würde Österreich, wie einst, eine aktive, engagierte Neutralitätspolitik leben, könnte es aber bei internationalen Konflikten, wie dem Ukrainekrieg oder dem Genozid in Gaza eine wichtige Vermittlerrolle spielen.

Krieg kann auch nukleare Katastrophen auslösen: Einerseits werden kriegerische Auseinandersetzungen jetzt in unmittelbarer Nähe, ja sogar auf dem Areal von Kernkraftwerken ausgefochten – das KKW Saporischschja, an der ukrainisch-russischen Front, ist das größte Kernkraftwerk Europas, und das von ukrainischen Drohnen bedrohte KKW Kursk eines der Größten Russlands. Kernkraftwerke sind gegen militärische Angriffe nur durch Vereinbarungen, nicht durch Technik geschützt. Darüber hinaus genügt es, die zur Kühlung und zum sicheren Stillstand eines

Kernkraftwerkes nötige Infrastruktur zu zerstören, um potenziell Kernschmelze auszulösen und damit große Landstriche radioaktiv zu kontaminieren. Kürzlich wurden rund um das KKW Saporischschja kampffreie Zonen zwischen der Ukraine und Russland ausverhandelt, um die Stromleitungen zu reparieren, um die seit einem Monat in Betrieb befindlichen, und von Diesellieferungen abhängigen Notstromaggregate abzulösen. Als willentlicher Akt wird ein gezielter Angriff auf ein KKW als eher unwahrscheinlich eingeschätzt, aber was in verzweifelten militärischen Situationen oder irrtümlich möglich ist, entzieht sich der realistischen Einschätzung. Auch deshalb sollte in diesen unruhigen Zeiten Kernenergie nicht als (Schein)Lösung der Klimaproblematik ausgebaut werden – ganz abgesehen davon, dass der Ausbau für den Klimaschutz zu spät käme, Erneuerbare rascher und ökonomischer verfügbar und die Sicherheits- und Müllproblematik nach wie vor nicht gelöst sind.

Als nukleare Katastrophe ist andererseits der Nuklearkrieg zu werten. Im Extremfall, wenn Nuklearwaffen zum Einsatz kommen, ist mit rund 400 Millionen Soforttoten durch Hitze, Druckwellen und Strahlung zu rechnen, und fünf Milliarden Hungertoten, weil der Ruß, der durch Brände in die Atmosphäre gelangt, über Monate und Jahre die Sonne verdunkelt, und Getreide und andere Nahrungsmittel nicht mehr reifen. Diese Zahlen wurden für einen vollen Nuklearkrieg zwischen den Nuklearmächten USA und Russland berechnet. Einen begrenzten Nuklearkrieg zwischen den Großmächten gibt es nicht, darin sind sich viele Experten einig. Dass trotzdem mit Selbstverständlichkeit auch in Europa über Nuklearwaffen und einen begrenzten Nuklearkrieg gesprochen wird, erstaunt. Außenminister Lawrow sprach 2024 in einem Interview diese Fehleinschätzung der Bedeutung eines Nuklearkrieges durch die USA deutlich an: „Kirby<sup>1</sup> ... erklärte, dass die Amerikaner keine Eskalation wünschen und dass ihre europäischen Verbündeten unter einem möglichen Einsatz von Atomwaffen leiden würden. Damit schließt er selbst mental aus, dass die Vereinigten Staaten Schaden nehmen könnten. Das macht die Situation etwas riskanter. ..(Es) könnten möglicherweise unüberlegte Schritte unternommen werden. Das ist schlecht.“

Irrtümer und Fehleinschätzungen haben die Menschheit bereits mehrmals an den Rand einer Nuklearkatastrophe gebracht, und es ist einzelnen besonnenen Menschen zu danken, dass noch kein Nuklearkrieg ausgelöst wurde. Es ist tollkühn, zu hoffen, dass immer ein solcher zur rechten Zeit am rechten Ort sitzt.

Wie heute in der Ukraine stand die Welt 1962 schon einmal vor einer Konfrontation der beiden Großmächte, USA und Russland, nur mit umgekehrtem Vorzeichen: Russland hat Nuklearwaffen auf Cuba stationiert, und die USA fühlten sich bedroht. Es ist dem damaligen Präsidenten J.F. Kennedy und dem sowjetischen Regierungschef Nikita Chruschtschow zu verdanken, dass aus dieser

---

<sup>1</sup> John F. Kirby ist ein pensionierter Konteradmiral der US-Marine, der bis 2025 als Berater für nationale Sicherheitskommunikation im Weißen Haus tätig war.

bedrohlichen Position mittels Verhandlungen ein Ausweg gefunden wurde, von dem ein Impuls zur Abrüstung ausging, gestärkt durch eine bemerkenswerte Rede von Kennedy im Juni 1963. Darin sprach er sich für Frieden aus: *Was für einen Frieden meine ich? Was für einen Frieden suchen wir? Nicht eine Pax Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird. ... Ich spreche von echtem Frieden, der Art von Frieden, die das Leben auf der Erde lebenswert macht, der Art, die es Menschen und Nationen ermöglicht, zu wachsen und zu hoffen und ein besseres Leben für ihre Kinder aufzubauen - nicht nur Frieden für Amerikaner, sondern Frieden für alle Männer und Frauen - nicht nur Frieden in unserer Zeit, sondern Frieden für alle Zeiten.* Das ist ein weiter Friedensbegriff, mehr als das Fehlen kriegerischer Auseinandersetzungen; er schließt z.B. Wirtschaftskriege mit ein und kann auch als Klimagerechtigkeit umfassend verstanden werden. Es ist erfreulich, dass auch die österreichische Jugend diesem umfassenden Friedensbegriff zuneigt.

Kennedy kam auch auf Voraussetzungen für Frieden zu sprechen, und dabei sprach er unsere Einstellung zum Frieden an: *Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele halten ihn für unwirklich. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube. Er führt zu der Schlussfolgerung, dass Krieg unvermeidlich ist, dass die Menschheit dem Untergang geweiht ist, dass wir von Kräften beherrscht werden, die wir nicht kontrollieren können. Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren“*

Dieses Denken zu verinnerlichen und umzusetzen bleibt uns nur begrenzte Zeit. Die Weltuntergangsuhr wurde von einem interdisziplinären Wissenschaftskollegium auf 89 Sekunden vor Mitternacht gestellt, näher an der Katastrophe als je zuvor. Hauptfaktoren dabei sind drohender Nuklearkrieg und ungedämpfter Klimawandel. Letzterer schreitet Tag für Tag unerbittlich voran, solange unsere Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sich nicht nur nicht zu drastischen Maßnahmen entschließen können, sondern sogar bereits beschlossene Maßnahmen ihrer wirksamen Instrumente berauben, wie derzeit systematisch in Österreich und der EU.

**Es ist dringend notwendig, dass sich die besorgte Zivilgesellschaft quer über das Themenspektrum hinweg zusammenschließt, und gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft eintritt.** In Abwandlung eines Ausspruches der Kenyanischen Umweltaktivistin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises Wangari Maathai: ***Wir werden nicht in einem Klima des Friedens leben, wenn wir nicht Frieden mit dem Klima schließen.***

**Die ganztägige Konferenz wurde organisiert von AbFaNG, dem Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit**

**[www.abfang.org](http://www.abfang.org)**